

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

CH-RUBRIK

Zur Abstimmung über eine Schweiz ohne (eigene) Armee

Im November kommt es in der Schweiz zur Abstimmung über die «Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee und eine umfassende Friedenspolitik». Die Verbindung dieser zwei Teile ist falsch. Zur Förderung einer umfassenden Friedenspolitik taugt eine Schweiz mit Armee besser als eine Schweiz ohne Armee.

Die Abstimmung ist von grosser nationaler Bedeutung und berührt auch internationale Interessen. Ein Stabilitätsprinzip der Demokratie wird in Frage gestellt, und ein Volksbegehren, das im Zentrum Europas instabile Verhältnisse schaffen könnte, ist auch keine friedensfördernde Aktion.

Die Initiative verkennt die eidgenössische Staatsidee, sie will nichts wissen von den Aufgaben, die sich die Schweiz gestellt hat und auf die sie von den Mächten verpflichtet worden ist. Dazu gehört, sehr vorrangig, die immerwährende, bewaffnete Neutralität.

Damit entfällt unseres Erachtens die Diskussion darüber, ob wir eine Armee wollen oder nicht. Die militärische Staatsmacht, einschliesslich der koordinierten Dienste, weckt in pazifistischen und kirchlichen Kreisen Ängste und Befürchtungen. Hier wird ausser acht gelassen, dass unsere Armee ausschliesslich auf Schutzfunktionen gerüstet und geschult, auf nichts anderes als auf defensive Strategien angelegt ist. Zudem untersteht sie in unserer Demokratie den politischen Entscheidungsinstanzen. Unterstrichen wird die politische Absicht durch den Umstand, dass beispielsweise der Zivilschutz nicht dem Militärdepartement angehört.

Es wird etwa auch geltend gemacht, unsere Armee sei materiell ohnehin nie in der Lage, auf einem modernen Gefechtsfeld zu bestehen. Hier darf wiederholt werden, dass wir ausschliesslich Verteidigungsaufgaben zu erfüllen haben. Sofort jedoch muss auf die

Widersprüchlichkeit hingewiesen werden, die darin zum Ausdruck kommt, dass die Armeegeegner, die jede Gelegenheit wahrnehmen, um noch so bescheidene Forderungen des EMD zu boykottieren, dass diese Leute unsere Verteidigungsfähigkeit defaitistisch anzweifeln. Aus der gleichen Ecke wird auch immer wieder behauptet, die Armee der Schweiz könne nicht kriegsverhindernd wirken, präsumtive Aggressoren liessen sich von einem Angriff auf die Schweiz nicht abhalten. Tatsächlich sind wir weder 1870/71 noch 1914–1918 oder 1939–1945 in die grossen Auseinandersetzungen verwickelt worden. Da ist die Frage, ob wir heute immer noch auf solche Unversehrtheit verweisen dürfen, eigentlich überflüssig. Die Tatsache bleibt bestehen, dass in dieser Zeitspanne unsere Armee die Grenzen und das Land geschützt hat, und Tatsache ist auch, dass in den Generalstäben der Grossmächte das «Kapitel Schweiz» aufgeschlagen wurde. Wir können uns schlecht vorstellen, dass dabei nur wirtschaftliche oder sogar pazifistische Bedenken zu unseren Gunsten entschieden haben. Halder, gewesener Generalstabschef des deutschen Heeres, sah das jedenfalls anders.

Die von den Initianten dargelegten Gründe für ihre Forderung entbehren der politischen Reife und der militärischen oder finanziellen Notwendigkeit, die Grundgedanken des Begehrens sind unschweizerisch; im Ausland hat man dafür nur Kopfschütteln übrig.
Eduard Baumgartner

ZUSAMMENHÄNGE

Swapo-Darstellung

Ein Swapo-Eingeständnis widerlegt die Berichterstattung des Lutherischen Weltbundes.

Die mehrfach im «Zeitbild» (zuletzt in Nr. 13/89) angeprangerten Menschenrechtsverletzungen durch die marxistisch orientierte namibische Widerstandsbewegung Swapo sind bis vor kurzem von Sympathisanten dieser Organisation, darunter dem Lutherischen Weltbund in Genf, vehement bestritten worden. Ende Juni ging endlich durch die Aussagen freigelassener politischer Häftlinge die ganze Wahrheit über den

Terror, dem diese Gefangenen in Swapo-Lagern ausgesetzt waren, durch die Spalten der Welpresse.

Die Swapo selbst hat inzwischen ihre Version, sie halte nur 100 (mit Hilfe von Geheimdienstexperten aus der DDR aufgespürte) südafrikanische Spione gefangen, aufgegeben und eingeräumt, dass es in ihren Lagern in Angola «Fehler» gegeben hätte. Moses Garoeb, ein Mitglied des Zentralkomitees, begründete diese «Fehler» mit der Tatsache, das man sich in einem Krieg befunden hätte, in dem es ums Überleben gegangen sei. In der der Swapo nahestehen-

den Zeitung «The Namibian» berichtet der einheimische Journalist John Liebenberg in einem fast eine ganze Seite umfassenden Artikel über die Erfahrungen der Gefangenen, nachdem er erstmals zwei Lager in Angola besuchen konnte. In einem Lager bei Lubango, in dem 100 Frauen inhaftiert wurden, erfuhr er in den Gesprächen mit den Insassen, dass «die Verhöre oft extrem hart waren und die Frauen um ihr Leben bangen mussten». In einem Männerlager sagte ihm der Sprecher der Gefangenen wörtlich: «Zehn Jahre lang sind wir gezwungen worden, andere zu beschuldigen. Und uns sagte man, wir seien Agenten des südafrikanischen Regimes. Hunderte sind getötet oder zu Krüppeln geschlagen worden und verschwunden.»

Die entlassenen Dissidenten verlangen aus Furcht vor weiteren Repressalien, in eines der wenigen Auffanglager gebracht zu werden, die nicht vom Namibischen Kirchenrat verwaltet werden. Angesichts der bisherigen Haltung des Lutherischen Weltbundes und des mit ihm verbundenen Namibischen Kirchenrates scheint diese Forderung leider begründet.
Meinrad von Ouw